



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/102 - 4. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Israel und wir</u> Hauss und Ollenhauer - Botschafter des guten Willens	30
2 - 3	<u>Menderes - ein zeitgenössischer Sultan ?</u> NATO-Tagung unter Panzerschutz Von Dr. Basil Mathopoulos	88
4	<u>Europa und das Commonwealth</u> Wird die Brücke zum Kontinent gebaut? Von unserem Korrespondenten in London	48
5	<u>Eine Schlappe des Ostblocks</u> Blockfreie Länder lassen sich nichts vorschreiben	41
6	<u>Jüdische Gedenkstätte in Berlin</u> Berliner Steinmetzen schufen ein Erinnerungsmal für den Friedhof	35
7	<u>Glücklicher Leben - in einer freier Welt</u> 50 Jahre Internationaler Frauentag	40

\* \* \*  
\* \* \*

Israel und wir

Heuss und Ollenhauer - Botschafter des guten Willens

sp - Altbundespräsident Professor Theodor Heuß befindet sich zur Zeit in Israel. Er wird dort in seiner Eigenschaft als Schirmherr der "Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik" Vorträge halten, die großartigen Aufbauleistungen Israels besichtigen und Zeugnis ablegen von dem Wunsche der sicher überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik, mit Staat und Volk Israel in Freundschaft zu leben. Professor Theodor Heuss hat in der Zeit seiner Präsidentschaft sehr viel dazu beigetragen, jenen Schatten etwas in die Ferne zu rücken, den das unselige Hitler-Regime über Deutschland ließ. Der Altbundespräsident kann deshalb gewiß sein, überall in Israel mit Achtung empfangen zu werden.

Genau vor einer Woche richtete Erlich Ollenhauer in Haifa als erster deutscher Politiker in deutscher Sprache Worte der Verbundenheit an eine Versammlung von 25 000 Israelis, die, dem Rufe der Sozialisten Israels folgend, gekommen waren, um die Delegierten der Sozialistischen Internationale zu begrüßen. Unter den Tausenden war kaum einer, der nicht in den Jahren von 1933 bis 1945 Schreckliches erdulden mußte oder dessen Familie nicht in den Konzentrationslagern und Gaskammern Hitlers zu Grunde gegangen ist. Zunächst schweigend hörten diese Menschen Ollenhauer an. Der Bann wurde gebrochen, als der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tief bewegt von der Verpflichtung des deutschen Volkes sprach, jeneurchtbare Vergangenheit durch eine neue, auf gegenseitigem Verständnis beruhende Haltung zu überwinden. Ollenhauer wurde damit zum Botschafter des demokratischen Deutschland, das überall Freunde braucht.

Schon allzu lange zögert das offizielle Bonn mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Das Volk von Israel erwartet gerade von der Bundesrepublik die Würdigung und staatliche Anerkennung seiner großen Aufbauleistung.

## Menderes - ein zeitgenössischer Sultan ?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Selbst der Wiener Kongreß aus der Ära Metternichs, der die reaktionäre "Heilige Allianz" gebar, tagte seinerzeit nicht unter Druck; die Polizei Wiens hatte keine besonderen Maßnahmen zum Schutze der Delegierten zu treffen. Heute, immerhin 145 Jahre nach jenem Ereignis, heute, da man stolz ist, daß es keine Gottesgnadenfürsten mehr gibt, und daß in Europa überwiegend die Republik herrscht, heute müssen die Vertreter der NATO, also jenes Bündnisses, in dem sich die westlichen Demokratien zur Verteidigung ihrer Lebensform gegen jede autoritäre Macht zusammengeschlossen haben, unter dem Schutz von Panzern in einem Mitgliedsstaat tagen. Solche draconischen Maßnahmen wurden freilich nicht etwa ergriffen, um die Delegierten vor kommunistischen Fanatikern zu schützen, die - wie man doch immer hört - Demokratien und Republiken stürzen, sondern vor Freiheitsliebenden Studenten der Türkei.

Der britische und der amerikanische Außenminister sähen sich vor gewisse Schwierigkeiten gestellt, wollten sie vor der Welt behaupten, sie seien aus ihren demokratischen und liberalen Ländern mit echter Tradition nach Konstantinopel gekommen, um unter diesen Umständen die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen. Die türkischen Ereignisse der letzten Tage und die Vorkommnisse der letzten Wochen in Südkorea müßten eigentlich jeden guten Demokraten im Westen in einen schweren Gewissenskonflikt bringen. Soll der Kommunismus bekämpft werden, auch wenn dadurch zugleich Regime wie das des Herrn Menderes, des Herrn Salazar - Portugal ist ja wie die Türkei ein NATO-Mitglied - oder des nächsten Kandidaten in diesem westlichen Bündnis, Herrn Franco, gestützt werden?

### "Tendenzen zur Tyrannie"

Wenn selbst der amerikanische demokratische Senator Fulbright, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses, vor der Fernsekkamera von den "Tendenzen zur Tyrannie" in der Türkei sprach, dann kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wieviel außenpolitischen Kredit die Türkei durch die Ereignisse der letzten Tage verloren hat. Am letzten Sonntag sprach vor dem deutschen Fernsehen der türkische Journalist Akirtzin davon, daß die türkische Regierung in Schulden und Korruptionen nur so schwimme, daß die Schuldenbelastung gegenwärtig dreißig Milliarden Mark betrage, die das Land nicht bezahlen können. Die bevorstehende Reise des Ministerpräsidenten Menderes nach Moskau interpretierte der Journalist als einen erneuten Versuch, auf fragwürdige Weise zu neuen Geldern zu kommen.

Bereits seit mehreren Jahren - so stellte Fulbright fest, und so beklagt es auch die türkische Opposition - vertritt Menderes gegenüber der Opposition eine autoritäre und unnachgiebige Politik. Oppositionelle Zeitungen wurden verboten, Journalisten inhaftiert

und jede Möglichkeit einer kritischen Äußerung gegenüber der Regierungspolitik abgeschnitten. In dem Augenblick, als diese Politik nun geradezu gesetzlich legitimiert werden sollte, brach der Aufstand der Studenten los, dem sich, zuerst zaghaft, dann aber energischer auch breite Volkskreise anschlossen. Der Anlaß war der Mehrheitsbeschluß der "Demokratischen Partei" im türkischen Parlament einen Ausschuß zur Untersuchung und Verfolgung der sogenannten "subversiven Untergrundtätigkeit der Opposition", gegen den sich die Opposition heftig zur Wehr setzte. Aber gegen die absolute Mehrheit der "Demokratischen Partei" waren Proteste machtlos; der Ausschuß hat inzwischen seine "Arbeit" aufgenommen, in allen größeren Städten Zeitungen verboten, etwa 1 000 Menschen verhaftet und jede Versammlung mit Waffengewalt auseinandersprenge lassen.

Dennoch wäre der öffentliche Widerstand gegen die undemokratische türkische Regierung schon früher spürbar gewesen, wenn Menderes nicht bis zum Jahre 1959 alle nationalen Kräfte geschickt in einer "Nationalen Welle" aufzufangen verstanden hätte, die sich dafür einsetzte, eine für die Türkei günstige Zypern-Lösung herbeizuführen. Mit den Verträgen von Zürich und London aber wurde diese Frage ihrer Lösung weitgehend zugeführt, und die freiheitsliebenden, demokratisch gesinnten Menschen in der Türkei, besonders die Jugend, setzten sich für eine Verbesserung der innenpolitischen Zustände ein.

#### Vertrauen erschüttert

Das Vertrauen der Welt zur Türkei dürfte durch diese jüngsten Vorkommnisse endgültig erschüttert sein. Eigentlich kennt die Türkei schon seit 1913 keine Demokratie im westlichen Sinne. Wie aber hat man eine Regierung gehabt, die der Demokratie so abhold war wie die des Herrn Menderes. Hinzukommt, daß man sich nur allzu deutlich an das gefährliche Doppelspiel der Türkei im zweiten Weltkrieg erinnert; im Oktober 1939 noch erklärte sich das Land als unbedingter Verbündeter der Westalliierten - für diese Treue handelte die Türkei manche Subvention ein. Drei Tage vor dem Rußland-Feldzug Hitlers jedoch vergaß das Land seine Partner und schloß mit Hitler einen Nichtangriffspakt. Schließlich erklärte die Türkei im März 1945 dem schon geschlagenen Dritten Reich den Krieg. Dementsprechend trat die Türkei nach dem Krieg als intimer Verbündeter des Westens auf, und wieder flossen die Gelder, die nie zurückgezahlt wurden.

An einem Rücktritt, wie ihn Syngman Rhee vorgenommen hat, scheint Menderes nicht interessiert zu sein; vielmehr hat er vor, im Juni nach Moskau zu reisen ... Auch hat Menderes in einer Ansprache die Scheinhelligkeit aufgebracht, der Bevölkerung zu versprechen, er werde mit allen Mitteln dafür sorgen, daß binnen kurzen die "Ruhe und Sicherheit" im Lande wiederhergestellt sei. Seine Landsleute bat er, ihm bei dieser Aufgabe zu helfen!

## Europa und das Commonwealth

Von unseren Korrespondenten in London

E. A. - Der Wind, der große Veränderungen bringt, weht nicht nur durch Afrika, sondern auch durch Asien und Europa, und dieser unumstößlichen Tatsache wird die Commonwealth-Konferenz, die schonate nach dem Kriege, die am Dienstag in London begann, Rechnung tragen müssen. Es wäre dem Begriff des Commonwealth als freiwillige Assoziation von freien Völkern aller Religionen, Rassen und Entwicklungsstufen zuwiderlaufend, wenn man der südafrikanischen Regierung stillschweigend gestatten würde, eine Politik zu verfolgen, die den Prinzipien des Commonwealth ins Gesicht schlägt.

Die neun Premierminister, die sich zuerst am Tische der Königin zum Abendessen und dann am Konferenztisch in Macmillans Amtswohnung gruppierten, könnten aber auch in anderer Hinsicht dem Winde der Änderung Rechnung tragen und Geschichte machen. Das Commonwealth ist ein Produkt der Geschichte, nämlich ein Produkt der britischen Kolonialpolitik, die sich der modernen Entwicklung angepasst hat. Sie steht jetzt vor der grossen Aufgabe, einen Schritt weiter zu gehen und Großbritannien an die Erfordernisse unserer Zeit anzupassen. Großbritannien war der ruhende Punkt, um den sich die neuen Nationen gruppieren konnten, nun aber sollte der ruhende Punkt selbst in den Fluss der Geschichte geraten, aus dem er sich zuerst in "splendid isolation" und dann in traditioneller Isolation herauszuhalten suchte.

Das Commonwealth wurde von britischer Seite stets als Begründung und Entschuldigung angeführt, wenn es sich der europäischen Entwicklung zu entziehen trachtete. Das Ergebnis davon ist ein von Paris und Bonn beherrschtes Kleinsuropa, das nun sogar ein Vetorecht gegen die Erweiterung zum Gesamt-Westeuropa besitzt. Großbritannien und mit ihm das Commonwealth haben dieser Entwicklung mit den Händen im Schoosse zugesehen, und erst sehr spät beginnen sie zu realisieren, dass sie sich damit abseits des Stromes der Geschichte unseres Jahrhunderts gestellt haben.

Die Konferenz der Premierminister hat eine glänzende Gelegenheit, das Steuer herumzuwerfen. Zwei Vollsitzungen werden der Wirtschaftsentwicklung gewidmet sein. Großbritannien und alle Commonwealthländer haben ebenso wie Europa und die Vereinigten Staaten ein lebenswichtiges Interesse an ökonomischer Expansion und an der Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn Großbritannien oder besser gesagt, seine konservative Regierung eine positive Politik für Europa und die atlantische Welt zu entwickeln vermag, dann könnte es sie auf dieser Konferenz der neun Premierminister proklamieren und damit den ersten Schritt zu ihrer Verwirklichung tun. Gewiss, die Zustimmung des Commonwealth kann die vielen Schwierigkeiten allein nicht zurechnen, die Sechs der EWG könnten - zu ihrem eigenen Schaden und zum Nachteil des Westens, ein Veto gegen eine Entwicklung einlegen, die Großbritannien, das Commonwealth und Europa zu einem Wirtschaftsdreieck vereinigen würde. Aber die bestehenden wirtschaftlichen Probleme - darunter die Kluft zwischen den Sechs und den Sieben - können nur gelöst werden, wenn ein Wille zu ihrer Lösung treibt. Gegen diese Hauptaufgabe der Commonwealth Konferenz treten die anderen Fragen in zweite Linie.

### Eine Schlappe des Ostblocks

sp - Eine empfindliche und gewiß unerwartete Niederlage haben die Sowjetunion und China auf der afro-asiatischen Wirtschaftskonferenz in Kairo einstecken müssen. Die asiatischen Republiken der Sowjetunion erhielten kein Stimmrecht, da sie keine "selbständigen Länder" sind. Zum Vizepräsidenten wählte die Konferenz nicht einen Chinesen, wie es Peking erwartet hatte, sondern einen Indonesier, also den Vertreter eines blockfreien Staates. Dieser Entscheidung waren heftige Auseinandersetzungen vorausgegangen; die chinesischen Vertreter verließen dann unter Protest die Konferenz.

Dieser Vorgang ist in jeder Hinsicht ungewöhnlich. Gerade die kommunistischen Länder machen und machen gewaltige Anstrengungen, um Einfluß in den blockfreien Entwicklungsländern zu gewinnen. Anleihen gewähren sie ohne politische Bedingungen und zu niedrigeren Prozentsätzen als der Westen. Viele Tausende sowjetische Techniker und Ingenieure helfen diesen Ländern im Aufbau, sie werden sogar dazu angehalten, auch die Sprache ihrer Gastgeber zu erlernen und sich von allem fernzuhalten, was als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet werden könnte. Die neuen Staaten Afrikas und Asiens finden in Moskau immer offene Türen, besonders dann, wenn sie bei westlichen Regierungen auf wenig Verständnis für ihre Wünsche, Bedürfnisse und Notwendigkeiten stoßen.

Glaubten und glauben Moskau und Peking, durch Großzügigkeit und Entgegenkommen indirekten politischen Einfluß auf die Entwicklungsländer gewinnen und gewissermaßen durch die Hintertür die weltpolitische Situation zu ihren Gunsten verändern zu können? Diese Rechnung geht, wie Kairo zeigt, nicht auf. Diese Länder sind eifersüchtig auf die Wahrung ihrer oft schwer gewonnenen Freiheit bedacht, sie entwickeln eigene Wege und Ideen, sie nehmen zwar gerne Hilfe an, woher sie auch kommen mag, aber sie denken nicht daran, diese Hilfe mit politischer Unterwürfigkeit zu bezahlen.

Die Verweigerung des Stimmrechts für asiatische Sowjetrepubliken auf der afro-asiatischen Wirtschaftskonferenz, der zweiten ihrer Art, ist wohl die bisher eindrucksvollste Bekundung des Unabhängigkeitwillens blockfreier Länder. Die Welt läßt sich nicht, wie es die großen Vereinfacher belieben, in einen kommunistischen und antikommunistischen Teil aufgliedern, dazwischen liegen weite Gebiete und große Völker, denen diese Trennung nichts besagt. Sie haben ihre eigenen Vorstellungen und auch den Willen und die Kraft, sie durchzusetzen.

"Wir wollen nicht in Winde des Kommunismus segeln", sagte in Kairo ein indonesischer Vertreter. Dieser Satz ist ein Programm.

+ + +

### Jüdische Gedenkstätte in Berlin

H.G.S. - Unter den vielen Zeichen guten Willens und stiller Besinnung ist dieses eines der eindruckvollsten: Die Innung der Berliner Steinmetz-Zunft, vor allem ihre Nachwuchsvereinigungen, hatten erkennen lassen, daß sie der Jüdischen Gemeinde einen bescheidenen Dienst leisten wollten. Es ging um die Setzung eines Gedenkmals auf dem Neuen Jüdischen Friedhof an der Heerstrasse. In mehr als 1000 Arbeitstunden schufen die jungen Steinmetze ohne Entgelt ein Ehrenmal aus den alten Steinen der in der Kristallnacht zerstörten Synagoge Fasanenstrasse. Als Arbeitstätte diente das Baugelände vor der Reichstagsruine.

Es war eine der bewegenden Stunden in der Berliner Nachkriegsgemeinde, als Vorstandsmitglieder, Repräsentanten, unter ihnen auch die Bundestagsabgeordnete Jeanette Wolff, und Angehörige der Opfer der antijüdischen Verfolgung auf dem neuen Friedhof zusammenkamen, um die kultischen Feierlichkeiten der Weihe von Rabbiner Kahane und Kantor Nachama mitzuerleben.

In den noch kalten Frühlingshimmel stieg das Gebet der Erinnerung für die Toten, die unbekannt in fremder Erde ruhen.

Heinz Galinski als Vorsitzender der Berliner Gemeinde betonte, wie vielen jüdischen Menschen es nicht vergönnt ist, an das Grab der Angehörigen zu treten, da unmenschliche Grausamkeit selbst die letzte Ruhestätte den Opfern verwehrt hat. Er führte aus, daß Judentum stets eine Kunde vom Leben gewesen sei, aber in tiefer Achtung und Ehrfurcht vor der Gewalt und dem Schweigen des Todes. An dieser Stätte, dem ersten jüdischen Friedhof in Deutschland, der über ein solches Erinnerungsmal verfügt, werden nun die unbekannt Gräber jüdischer Menschen geehrt werden können. Neben dem großen Ehrenmal haben bereits verschiedene Gemeindemitglieder ihren Angehörigen Gedenksteine setzen lassen.

Der gewaltige Sockel trägt die Inschrift "Denen, die unter der Herrschaft des Unmenschlichen ihr Leben lassen mußten zum ewigen Gedächtnis 1933-1945"

Eine grosse Opferschale auf dem Sockel ist mit Blumenschmuck ausgefüllt. Der Obermeister der Berliner Steinmetze betonte an gleicher Stätte die Verbundenheit seines Gewerbes und aller arbeitender Menschen mit den Verfolgten von gestern, denen man einen schlichten Dank habe abstellen wollen für ihr grosses Opfer.

Glücklicher leben - in einer freien Welt

Unter diesem Motto werden im Mai und Juni in der Bundesrepublik und West-Berlin Kundgebungen zum Internationalen Frauentag abgehalten. Der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen veröffentlicht folgende Botschaft zum Internationalen Frauentag.

Vor 50 Jahren rief die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen die Sozialistinnen der ganzen Welt auf, jedes Jahr an einem Tag für die politischen Rechte der Frau zu demonstrieren. Die Tradition des Internationalen Frauentages, dessen Bedeutung sich im Laufe der Jahre geweitet hat, ist noch heute in vielen Ländern lebendig. Der Frauentag ist ein Symbol der Idee der über die Landesgrenzen hinausgehenden Verständigung, Freundschaft und Solidarität, die für die sozialistische Überzeugung wesentlich ist.

Seit 1910 haben fast überall die Frauen ihre politischen Rechte erhalten. Sie haben auch erhebliche Fortschritte im Kampf für ihre rechtmäßige Stellung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Der endgültige Erfolg in diesem Kampf steht jedoch noch aus, sogar in den älteren, entwickelten Teilen der Welt, aber insbesondere in den neueren, den Entwicklungsländern.

In diesen Ländern ist die Struktur der Gesellschaft in schneller Umwandlung begriffen - mit tiefgehender Wirkung auf die Stellung der Frau. Ihre Anstrengungen, die durch diese Umwandlung verursachten Probleme anzupacken, werden erleichtert durch die wachsende öffentliche Meinung, die in den vergangenen 50 Jahren dank der Fortschritte in den entwickelten Ländern geschaffen wurde. Sie werden auch dadurch gefördert, daß die Vereinten Nationen und ihre Frauenkommission diese öffentliche Meinung unterstützen. Im Bewußtsein ihrer eigenen Verantwortung erkennen der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen und seine angeschlossenen Mitglieder es als ihre dringende Aufgabe, die Zusammenarbeit mit ihren Schwestern zu stärken, die darum ringen, den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht zu werden, und sie haben sich im vorigen Jahr in Hamburg verpflichtet, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Sie erkennen, daß diese Zusammenarbeit für beide Teile von großem Wert ist. Wo immer auch in diesem Jahre der Internationale Frauentag von sozialdemokratischen Frauen gefeiert wird, wird daher ein Appell für praktische Solidarität ergehen. Ein starker Wiederhall dieses Appells zum Jubiläum des Internationalen Frauentages wird der beste Beweis dafür sein, daß seine Tradition lebendig ist, und die beste Art, das Andenken der sozialistischen Pionierinnen zu ehren, deren Kampf und Opfermut die heutige Generation so viel verdankt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel